Ratsfraktion aktiv
Beilage der Ratsfraktion Duisburg
Frühjahr 2022 www.linksfraktion-duisburg.de

# Stillstand statt Aufbruch

## Rat verabschiedet Doppelhaushalt 2022/23

**Erkan Kocalar**
Fraktionsvorsitzender der
Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg

■ **Im November 2021 hat der Rat der Stadt Duisburg den Doppelhaushalt für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 beschlossen. Zu Beginn der Sitzung hielt der Oberbürgermeister Sören Link (SPD) seine obligatorische Etatrede. Danach hätten die Fraktionen, Gruppen und Einzelmandatsträger ihre Haushaltsreden halten sollen. Normalerweise. Aber in der wichtigsten Ratssitzung des Jahres erklärten CDU und SPD, dass sie auf ihre Reden verzichten würden. Bei der wichtigsten Aussprache im parlamentarischen Betrieb verweigern sich SPD und CDU dem demokratischen Austausch. Bereits zuvor haben SPD, CDU und Grüne ihre Mehrheit dazu genutzt, die Redezeit der kleineren Fraktionen zu beschränken. Die drei größten Fraktionen haben damit ihr zweifelhaftes Demokratieverständnis demonstriert. Aufgrund dieser Neuregelung blieben der LINKEN gerade einmal 4 Minuten Zeit ihre Stellungnahme über einen Haushaltsetat von mehr als 4 Milliarden Euro für zwei Jahre abzugeben.**

In seiner Etatrede war der OB bemüht, die Erfolge seiner Sparpolitik herauszustellen. Er wies unter anderem daraufhin, dass die Stadt die Kassenkredite seit 2015 um ca. 800 Millionen Euro senken konnte. Kassenkredite sind Kredite, die die Stadt nur kurzfristig zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit aufnimmt. Sie sind vergleichbar mit dem Dispokredit des Girokontos, wurden aber zunehmend zur Dauereinrichtung.
Was im ersten Moment wie eine Erfolgsgeschichte aussieht, hat gravierende Folgen für Duisburg. Die erzielten Jahresüberschüsse im Haushalt und der Abbau der Kassenkredite werden teuer erkauft.
In den letzten Jahren wurde massenhaft Personal in der Verwaltung abgebaut. Die schwarze Null wurde auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwirtschaftet. Der Krankenstand liegt bei viel zu hohen 9 %. Immer mehr Angestellte machen deutlich, dass sie sich überfordert und gestresst fühlen und geben an, dass die Arbeit sie krank mache. In vielen Bereichen ist die Handlungsfähigkeit der Verwaltung mittlerweile eingeschränkt. Der Umgang mit den Ämtern ist für die Bürgerinnen und Bürger zeitaufwendig und frustrierend. Eine nachhaltige Verbesserung ist mit Blick auf den Personaletat im Haushaltsentwurf weiterhin nicht zu erwarten.
Zusehends verfällt die Stadt. Finanzielle Mittel für dringend benötigte Sanierungen und Erweiterungsinvestitionen in neue Schulen, die Verkehrswende und den Klimaschutz sucht man vergeblich im Haushalt. Statt Duisburg zu gestalten, konzentriert man sich darauf den Mangel zu verwalten. Der ÖPNV befindet sich seit Jahren in einem desolaten Zustand. Für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes sind nur wenige hunderttausend Euro für die Jahre 2022/23 eingestellt worden. Straßen, Brücken, öffentliche Gebäude, Sporthallen – die Liste der sanierungsbedürftigen Infrastruktur ließe sich beliebig fortsetzen. Insgesamt beträgt der Sanierungsstau in Duisburg nach vorsichtigen Schätzungen 2 bis 3 Milliarden Euro.
Die Leidtragenden sind die Bürgerinnen und Bürger, die Schülerinnen und Schüler und die nachfolgenden Generationen in Duisburg. Eine einmal heruntergewirtschaftete Infrastruktur lässt sich nicht mal eben so rückgängig machen. Ungleichheiten zwischen den Kommunen werden so über Jahrzehnte festgeschrieben, die Lebensqualität der Menschen sinkt kontinuierlich. Die Stadt verpasst unwiederbringlich den Anschluss.
Neben der fatalen Sparpolitik werden die Zahlen durch Taschenspielertricks geschönt. Hunderte Millionen Euro coronabedingter Schäden werden in einen Schattenhaushalt ausgelagert. Da die Stadt die Corona-Schulden über einen Zeitraum von 50 Jahren zurückzuzahlen hat, werden die nächsten zwei Generationen die finanziellen Lasten tragen müssen.
Trotz der verhängnisvollen Sparmaßnahmen und finanziellen Tricksereien befindet sich Duisburg auch weiterhin in einer schwierigen finanziellen Situation. Die Schulden der Stadt lagen 2020 bei etwa zwei Milliarden Euro. Etwa die Hälfte der Schulden entfallen dabei auf sogenannte Kassenkredite.
Deshalb braucht Duisburg eine auskömmliche Finanzausstattung. Dazu gehört ein Entschuldungsfonds. Schon in der vergangenen Legislaturperiode haben SPD und CDU auf Bundesebene eine Lösung der Altschuldenproblematik für die Kommunen angekündigt. Passiert ist nichts. Und auch bei der aktuellen Ampelkoalition sind Zweifel angebracht. Neben einem Entschuldungsfonds müssen die Kosten der Unterkunft für ALG II-Empfänger vom Bund zu einhundert Prozent übernommen werden. Bund und Land müssen sich endlich an das Konnexitätsprinzip halten. Wenn Aufgaben auf die Kommunen übertragen werden, müssen entsprechend auch die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus braucht Duisburg ein milliardenschweres Investitionsprogramm, um den Investitionsrückstand abzubauen. Nur so hat Duisburg eine wirkliche Zukunftschance. Auf Bundesebene brauchen wir eine grundlegende Reform des Steuersystems. Dazu gehört unter anderem die Beteiligung der Reichen zur Finanzierung unseres Gemeinwesens durch die Einführung einer Vermögensteuer.

Fraktionsvorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg

# Erfolgreich nach der Grundschule durchstarten

**Barbara Laakmann**
Lehrerin.
DIE LINKE
Ratsfraktion Schulausschuss

■ Nach vier Jahren ist die Grundschule in der Regel zu Ende, das Kind wechselt zu einer weiterführenden Schule. Zu dieser Zeit sollen die Kinder rechnen, schreiben und lesen können, sie sollen radfahren und schwimmen können und die 16 Bundesländer kennen. In der Realität sind sie oft weit davon entfernt, und das auch vor Pandemie und Distanzlernen.

Mit dem Halbjahreszeugnis erhalten die Eltern eine Empfehlung für die nach der Einschätzung der Grundschullehrerin am besten geeignete weiterführende Schule. Dies ist eine Empfehlung, die Entscheidung über die Wunschschule liegt bei den Eltern. Die große Mehrheit der Eltern strebt eine Schule an, an der das Abitur gemacht werden kann, also ein Gymnasium oder aber eine Gesamtschule.

Die Frage der „geeigneten Schule“ bestimmt spätestens im vierten Schuljahr die Gespräche der Kinder und der Eltern. Die Kinder fürchten ihre Freunde und die gewohnte Umgebung zu verlieren, die Eltern fürchten, dass ihre Kinder dem Leistungsdruck nicht standhalten können.

Die Wahl der neuen Schule wird von vielen Faktoren beeinflusst: familiäre Traditionen, das Ansehen einer Schule, der Schulweg dorthin. Am Tag der offenen Türe werden weitere Eindrücke gesammelt.

Insgesamt ist der Prozess sehr belastend.

In Duisburg gibt es 12 Gymnasien und 14 Gesamtschulen. Immer ist die Zahl der Erstanmeldungen an Gesamtschulen größer als die vorhandenen Plätze, immer wieder müssen Kinder entgegen dem Elternwillen auf andere Schulen ausweichen, auf die einzige noch vorhandene Hauptschule in Walsum, auf Realschulen oder Sekundarschulen.

Weitgehend unbekannt ist:

**Wenn die Eltern ihr Kind an einer Gesamtschule anmelden wollen, muss die Kommune einen Gesamtschulplatz zu Verfügung stellen. Nicht unbedingt an der gewünschten Gesamtschule, aber an einer Gesamtschule.**

**In dem Fall, dass die Familie von der Gesamtschule eine Absage erhält, sollte sie Widerspruch bei der Bezirksregierung einlegen.**

**Falls auch der Widerspruch ohne Erfolg bleibt, sollten Eltern klagen. Dazu sollten sie sich anwaltliche Hilfe holen, damit das Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht angemessen vorbereitet wird. In aller Regel führt diese Klage zum Erfolg.**

Die Vorstellung der Partei DIE LINKE. Zur Frage des Schulwechsels ist ziemlich einfach:

Wir fordern „eine Schule für alle“ von der Klasse 1 bis 10, als Stadtteilschule, fußläufig erreichbar, eine inklusive Ganztagsschule mit einem breiten Angebot für alle Kinder, die die Kinder ernst nimmt, sie nicht beschämt und ihnen einen individuellen Bildungsweg mit dem für sie passenden Abschluss ermöglicht.

## Bürgersprechstunde:

**■ Die Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg ist mit der neuen Aktionsreihe „Fraktion vor Ort“ ganz nah dran an den Problemen der Duisburgerinnen und Duisburger (siehe Artikel Seite 3). Neben diesem Format bieten wir jetzt auch eine Bürgersprechstunde an.**

Alle Duisburgerinnen und Duisburger können sich mit ihren Fragen, Anregungen oder Problemen jederzeit an uns wenden. Sowohl persönlich als auch telefonisch bieten wir diesen Service an. Unser Personal vor Ort nimmt sich Zeit für jede Anruferin und jeden Besucher. Sollten Problemlagen nicht sofort gelöst werden können, arbeiten wir mit unseren Fachexperten an schnellstmöglicher Aufklärung und geben immer zuverlässig Rückmeldungen.

# Erste Erfolge für „Klimaentscheid Duisburg“

**Dr. Detlef Feldmann**
für DIE LINKE
im Umweltausschuss

■ Im vergangenen Sommer hat sich aus verschiedenen Umweltinitiativen, Parteien und Einzelpersonen das Bündnis „Klimaentscheid Duisburg“ gegründet, an dem auch DIE LINKE beteiligt ist. Die Mitglieder des Bündnisses eint die Unzufriedenheit und der Unmut über die Tatenlosigkeit von SPD und CDU sowie der Verwaltung, Klimaschutzpolitik in Duisburg glaubhaft voranzutreiben.

Ziel des Bündnisses war es, durch ein Bürgerbegehren und einen eventuell daraus folgenden Bürgerentscheid einen Anstoß zu einem wirksamen Klimaschutz in Duisburg zu geben. Nach ausführlicher Diskussion in dem Bündnis verständigte man sich auf folgende Forderung: Die Stadt sollte innerhalb eines Jahres ein externes Gutachten erarbeiten lassen, indem dargestellt wird, wie die Stadt Duisburg und ihre Konzerntöchter bis 2035 Klimaneutralität erreichen können. Um Missverständnissen entgegenzutreten: Es geht hierbei um Klimaneutralität bis 2035 beispielsweise bei öffentlichen Gebäuden, bei Wohngebäuden der städtischen Wohnungsgesellschaft (Gebag) oder bei den Fahrzeugflotten der Wirtschaftsbetriebe (WBD) oder des öffentlichen Nahverkehrs (DVG). In dem Klimaschutzplan sollten konkrete Handlungsempfehlungen zur Erreichung dieses Ziels aufgeführt werden. Die Forderung nach Klimaneutralität bis 2035 bei der Kernverwaltung und den städtischen Unternehmen geht aus unserer Sicht zwar in die richtige Richtung, kann aber nur ein erster Schritt sein. Wir hätten uns gewünscht, dass ein Klimaschutzplan für die gesamte Stadt Duisburg gefordert worden wäre. Dass also der gesamte Gebäudebestand in Duisburg, der Verkehr inkl. Logistik und die Industrie in den Plan miteinbezogen worden wären.

Um ein Bürgerbegehren einleiten zu können, schreibt der Gesetzgeber zwingend eine rechtliche Prüfung durch die Verwaltung vor, in der unter anderem eine Schätzung über die Höhe der Kosten für das Klimaschutz-Gutachten enthalten sein muss. Die Verwaltung hat die rechtliche Prüfung über Monate hinausgezögert mit der Begründung, dass die finanzielle Belastung ohne genau definierte Planung des Umfanges nicht darstellbar sei.

Im Rahmen der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2022/23 zauberten SPD, CDU und Grüne plötzlich einen gemeinsamen Antragsentwurf aus dem Hut, ohne jedoch das Bündnis zu konsultieren. In dem Antrag sind die wesentlichen Forderungen des Bündnisses aufgegriffen worden. Überraschenderweise enthielt er nun auch eine Kostenschätzung in Höhe von 170 000 €.

Dem Antrag der Linken, die im Gutachten vorgeschlagenen Maßnahmen dann auch verbindlich durchzuführen, wurde (auch mit den Stimmen der Grünen) nicht stattgegeben.

Das Bündnis hat mit ihrer Initiative durchaus einen beachtlichen Erfolg erringen können. Der Erfolg dürfte nicht unwesentlich der Tatsache geschuldet sein, dass die SPD so kurz vor den Landtagswahlen keine Angriffsfläche in der Klimapolitik in Duisburg bieten wollte. Mit dem Erfolgserlebnis im Rücken hat die Initiative beschlossen weiter zu arbeiten und verschiedene Themen wie die Klimaneutralität in der Industrie, im Logistikbereich, im (Rad-)Verkehr oder der Gebäudesanierung voranzutreiben. Dazu wurden Anfang des Jahres mehrere Arbeitsgruppen gebildet. Wer Interesse hat, sich für den Klimaschutz in Duisburg zu engagieren, kann sich gern an die Geschäftsstelle unserer Fraktion wenden.

KlimaEntscheid Duisburg

# Fraktion vor Ort ist für Duisburger:innen da!

**Erkan Kocalar**
Fraktionsvorsitzender der
Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg

■ Fraktion vor Ort. Der Name ist Programm und stellt das neue Selbstverständnis der Linksfraktion Duisburg dar. DIE LINKE will nicht hinter verschlossenen Türen Sitzung abhalten und losgelöst von den Problemen, die die Menschen bewegen, politische Entscheidungen treffen. Wir gehen vor Ort hin zu den Menschen, um ins Gespräch zu kommen, die Ideen und Anregungen aufzunehmen und in kluge politische Maßnahmen umzusetzen. Mit dieser Maßgabe sind wir in Gesprächen mit einer Vielzahl von Vereinen, Verbänden, Gemeinden und Organisationen. Aber auch der Kontakt zu nicht organisierten Menschen ist uns wichtig. Daher tragen wir unsere Ideen, Konzepte und politischen Schwerpunkte auch immer wieder auf die Straße, um dort mit den Menschen direkt ins Gespräch zu kommen. Der erste thematische Schwerpunkt, den wir dabei gewählt haben ist die unzumutbare Personalnot bei der Stadtverwaltung. Vor Ort kommen wir mit den Menschen ins Gespräch und machen deutlich, welche Folgen die dramatische Unterbesetzung sowohl für das Personal als auch für die Bürgerinnen und Bürger hat. Die Verwaltung ist nicht mehr handlungsfähig, Verwaltungsgänge kosten extrem viel Zeit. Termine sind fast unmöglich zu bekommen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind überlastet, frustriert und häufig auch krank. Doch wir gehen einen Schritt weiter und wollen auch immer die Erlebnisse der Menschen selbst mitbekommen und versuchen die zugrundeliegenden Probleme darzustellen. Die Personalnot in Duisburg hängt direkt mit der Unterfinanzierung der Stadt zusammen und kann nur durch eine andere Finanzausstattung bekämpft werden. Unsere Ideen und Lösungsansätze wie z.B. die Einführung einer Reichensteuer zur Finanzierung der Kommunen stellen wir vor und nehmen immer wieder gerne die Ideen der Menschen mit. Auch in anderen Themenbereichen wie z.B. der Schulpolitik, dem Klima- und Umweltschutz werden wir in den nächsten Monaten in den direkten Austausch mit den Duisburgerinnen und Duisburgern gehen. Neben unserer Aktionsreihe „Fraktion vor Ort“ bieten wir auch eine Bürgersprechstunde an (Informationen dazu auf Seite 2).

Fraktion vor Ort. Mit unserem Bundestagsabgeordneten Christian Leye und der Parteivorsitzenden Janine Wissler

# Energiearmut und soziale Kälte bekämpfen!

**Carmen Hornung-Jahn**
Ratsfrau DIE LINKE Duisburg

■ Morgens früh ich schlage die Decke zur Seite, es ist Eiskalt wie immer. Ich steige aus meinem Bett und suche meine Latschen, der Boden ist so kalt, dass ich ohne Latschen nicht laufen will. Im Bad kann ich nur eine Katzenwäsche machen, denn auch hier ist das Wasser eiskalt. Zähne putzen schmerzt. Na ja geschafft, jetzt ein warmer Kaffee oder Tee das wäre toll. Aber ohne Strom gibt es nur etwas Kaltes zu trinken und zu essen, morgens mittags und abends. Fernsehen oder Radio hören ist auch nicht drin.
So sieht der Tag bei den Mitbürgern aus, die kein Strom und oftmals auch keine Heizung haben. Wenn dann auch noch das Wasser gesperrt wird, kann selbst die Hygiene nicht mehr stattfinden. Das muss endlich ein Ende haben, diese Energiearmut muss bekämpft werden.
Vielen, die von Hartz IV leben, wäre schon geholfen, wenn das Jobcenter die offenen Forderungen bei dem Energieversorger übernehmen und in kleinsten Raten einbehalten würde. Hier ist es auf gar keinen Fall mit einer einmaligen Zahlung für Mitbürger mit geringem Einkommen getan. Bei jeder Erhöhung der Energiepreise müssen Hartz IV, Wohngeld, Bafög, Asylleistungen und Kindergeldzuschlag auch erhöht werden.
DIE LINKE macht immer wieder auf diese Missstände aufmerksam und beantrag dies zu ändern. In der Ratssitzung am 14.02.2022 hat DIE LINKE hier erneut einen Antrag gestellt. Dieser Antrag ist momentan besonders wichtig, da im Jahr 2022 viele Duisburgerinnen und Duisburger unter den stark steigenden Energiepreisen leiden werden. Viele Energieversorger haben ihre Preise schon deutlich erhöht oder werden dies in Kürze umsetzen. Einige Energieversorger haben ihren Kunden gekündigt und diese sind nun automatisch zum Grundversorger gewechselt. Für diese Neukunden gelten teilweise teurere Verträge. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher werden die Preissteigerungen allerdings erst im Laufe des Jahres zu spüren bekommen. Dann erfolgen die Abrechnungen und es drohen Nachzahlungen bzw. deutlich höhere Abschläge.
Von diesen steigenden Energiepreisen sind alle Menschen betroffen. Insbesondere Geringverdiener oder Transferleistungsbeziehende trifft es allerdings besonders hart. Daher ist eine Schuldenübernahme für Transferleistungsbeziehende sowie die Anhebung der Nichtprüfungsgrenze für Heizkosten ein erster wichtiger Schritt zur Abfederung der Auswirkungen der stark steigenden Energiepreise.

**Martina Ammann-Hilberath**
Stellvertretende
Fraktionssprecherin
DIE LINKE. Ratsfraktion Duisburg

# Senkung der Kita-Gebühren war überfällig

In der vergangenen Sitzung des Jugendhilfeausschusses beschloss Duisburg eine neue Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Kinderbetreuung in Duisburg. Vorausgegangen war ein gemeinsamer Antrag von SPD und Grünen, der im Fachausschuss eine breite Mehrheit fand. Diese sieht u.a. die Erhebung von Elternbeiträgen erst ab einem Jahreseinkommen für Eltern ab 25.000 Euro vor. In neu gestaffelten Stufen der Jahreseinkommen bis zu 200.000 Euro werden die weiteren Elternbeiträge festgelegt. Bei den höheren Einkommen ab 25.000 Euro verringern sich die Elternbeiträge im Verhältnis zur alten Satzung um 10 % für das Kindergartenjahr 2022/23 und werden sich für das Kindergartenjahr 2023/24 noch einmal um 10 % verringern. Die Senkung der Elternbeiträge war seit Langem überfällig. Die Kitagebühren in Duisburg gehören zu den höchsten in NRW. Die Linksfraktion hat in den letzten Jahren mehrere Initiativen gestartet, um die Elternbeiträge zu senken.

Leider wurde mit dem Hinweis auf die schwierige Haushaltslage der Stadt keine Mehrheit im Fachausschuss gefunden.
Die nun beschlossenen Entlastungen können allerdings nur ein erster Schritt sein. Wir fordern den kostenfreien Besuch von Kindertageseinrichtungen für alle Kinder. Wir sehen darin die Grundlage für eine gute frühkindliche Bildung und einen Anteil für mehr Bildungsgerechtigkeit in unserer Stadt.

# Stadtweite Klimagerechtigkeit statt Leuchtturmprojekte

## Wie in Ruhrort Greenwashing betrieben wird

**Erkan Kocalar**
Fraktionsvorsitzender der
Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg

■ **Das Unternehmen Haniel, die Stadt und weitere Partner möchten Ruhrort bis 2029 zum ersten umweltneutralen Quartier der Welt machen. Prinzipiell ist es begrüßenswert und wichtig, dass sich Akteure aus der Stadtgesellschaft für Klimaschutz engagieren. Hier stehen vor allem Unternehmen in der Verantwortung, die einen Großteil der Treibhausgasemissionen verursachen und über Jahrzehnte Klimaschutzpolitik verhindert haben.**

Gleichwohl ist der klimagerechte Umbau einer Stadt eine öffentliche Aufgabe. Die Kommune muss die Konzepte haben, die Umsetzung organisieren und die Verantwortung tragen. Dem Oberbürgermeister muss man zum Vorwurf machen, dass eine schlüssige Strategie seitens der Verwaltung für eine klimagerechte Stadtentwicklung bisher nicht erkennbar ist. Auf der einen Seite werden in Ruhrort ein neues Terminal und auf der Mercatorinsel Hallen gebaut, wodurch die Verkehrs- und CO2-Belastungen weiter zunehmen werden. Auf der anderen Seite präsentiert der Oberbürgermeister denselben Stadtteil als erstes umweltneutrales Quartier der Welt 2029. Der Aufhebung des Bebauungsplanes, der dem Bau der Halle den Weg ebnete, hatte DIE LINKE in der Ratssitzung am 1. Februar 2017 im Gegensatz zu SPD, CDU und Grünen nicht zugestimmt.

Bisher haben Verwaltung sowie SPD und CDU nahezu alle klimarelevanten Anträge der anderen Fraktionen blockiert. Klimaschutzpolitik und Duisburg, dass passt bisher nicht zusammen. Projekte zum Klimaschutz werden in Duisburg nur umgesetzt, wenn finanzielle Mittel von Bund oder Land fließen oder wenn sie von privater Seite aus initiiert werden.

Deshalb fordert DIE LINKE einen umfassenden Klimaschutzplan für die ganze Stadt inkl. des Verkehrs, des gesamten Duisburger Gebäudebestandes und der Industrie. Um unseren Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels zu leisten, muss die gesamte Stadt bis 2035 klimaneutral sein. Wichtiger als Leuchtturmprojekte sind ganzheitliche, stadtweite und umsetzbare Klimaschutzansätze, der politische Wille und die finanziellen Mittel. Bisher mangelt es jedoch an allen dreien. Keine guten Aussichten für ein klimafreundliches Duisburg.

# Klinikum gehört in öffentliche Hand

**Rainer Rensmann**
Fraktionsgeschäftsführer
DIE LINKE. Ratsfraktion Duisburg

■ **Seit vielen Jahren gibt es in Deutschland den Trend zur Privatisierung von Krankenhäusern. Die Folgen von Krankenhausprivatisierungen sind seit Jahren bekannt: Personalabbau, Tarifflucht, schlechtere Arbeitsbedingungen, geringere Löhne, mehr Stress für Ärzte, Pflegerinnen und medizinisch-technisches Personal. Auch in Duisburg wurde das städtische Klinikum privatisiert und an den Sana-Konzern verkauft. Im ersten Schritt wurde der gesamte Service-Bereich ausgegliedert. Nun meldet sich die SPD zu Wort und fordert eine Rekommunalisierung des Klinikums.**

Auch in Duisburg hat man sich trotz der bekannten unerwünschten Nebenwirkungen für die Privatisierung des Klinikums entschieden. Dass nun die SPD eine Rekommunalisierung fordert ist begrüßenswert. Allerdings fehlt uns in der öffentlichen Diskussion ein Blick auf die Hintergründe. Verantwortlich für die Privatisierung sind nämlich SPD, CDU und Grüne, die mit ihren jeweiligen Mehrheiten im Rat dafür sorgten, dass das Klinikum in zwei Schritten privatisiert wurde. Mit den Stimmen von CDU und Grünen im Rat veräußerte die Stadt im Jahr 2007 49 % der Anteile des Klinikums an die Sana Kliniken AG. In der Zeit der rot-rot-grünen Kooperation im Duisburger Rat in den Jahren 2010-2014 sind keine weiteren Anteile des Klinikums verkauft worden. Denn DIE LINKE stellte von Anfang an klar, dass es mit ihr in einer Kooperation keine Privatisierungen geben werde. Im Jahr 2015 ging dann allerdings die Privatisierung des Klinikums in die nächste Runde. Diesmal waren es SPD und CDU, die mit ihrer Ratsmehrheit dafür sorgten, dass weitere 50 % an Sana verkauft wurden. Damit hält die Stadt aktuell nur noch 1 % an dem Sana-Krankenhaus."

Die SPD begründet ihre Forderung nach Rekommunalisierung nun mit den nicht getätigten Investitionen des Sana-Konzerns. Doch nicht nur fehlende Investitionen, mit all ihren negativen Auswirkungen, sind ein großes Problem nach der Privatisierung. Insbesondere die Belegschaft leidet erheblich unter dem Profitstreben des Sana-Konzerns.

Die **Privatisierung** des Gesundheitssystems ist grundsätzlich ein **Irrweg**.

Statt Profit muss hier die **Gesundheit** der Menschen **im Mittelpunkt** stehen.

**Krankenhäuser gehören nicht in private Hände.**

Wir stehen zu unserem Wort und werden alle Bemühungen unterstützen, das Klinikum wieder in öffentlichen Besitz zu bringen.

Durch immer neue Ausgliederungen werden ursprünglich gute Tarifverträge ausgehebelt und Mitarbeitende müssen zu deutlich schlechteren Konditionen die gleiche oder noch mehr Arbeit leisten. Betriebsräten wird ihre Arbeit nahezu unmöglich gemacht. Außerdem werden Kündigungen ausgesprochen und langjährige Beschäftigte stehen von einem auf den anderen Tag vor dem Nichts. Vor all diesen negativen Folgen hat DIE LINKE gewarnt.

Die Privatisierung des Gesundheitssystems ist grundsätzlich ein Irrweg. Statt Profit muss hier die Gesundheit der Menschen im Mittelpunkt stehen. Krankenhäuser gehören nicht in private Hände. Wir stehen zu unserem Wort und werden alle Bemühungen unterstützen, das Klinikum wieder in öffentlichen Besitz zu bringen. Nun ist die SPD gefordert und sollte einen Antrag einbringen, den wir gerne mittragen werden. Sollte die Stadt nicht in der Lage sein, das Klinikum zu übernehmen, muss das Land einspringen.